

IKA-Newsflash Juni 2015

Mit unserem Newsflash informieren wir Sie über die Arbeit der IQ Fachstelle IKA, über Veröffentlichungen aus dem IQ Netzwerk und über aktuelle Themen und Entwicklungen in den Bereichen Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung sowie KMU und Arbeitsverwaltung.

Bitte leiten Sie diese Mail an interessierte Leser_innen weiter. Falls Sie den Newsflash nicht erhalten wollen, bitten wir um eine Mitteilung an: natalia.kovaleva@via-bayern.de

AUS DER IQ FACHSTELLE INTERKULTURELLE KOMPETENZENTWICKLUNG UND ANTIDISKRIMINIERUNG

Neuer Name und neue Gesichter: Die IQ Fachstelle IKA

Das Team der IQ Fachstelle IKA (ehemals: Diversity Management) ist seit Mai vollständig und freut sich auf die Zusammenarbeit im IQ Netzwerk.

Wir danken den ehemaligen Mitarbeiter_innen für die intensive Arbeit!

Die Mitarbeiter_innen der IQ Fachstelle IKA sind:

- Tina Lachmayr, Fachstellenleitung
- Natalia Kovaleva, Finanzen und Verwaltung
- Andreas Merx, Wissenschaftlicher Referent, Schwerpunkt KMU
- Ania Szymanska, Referentin für Interkulturelle Kompetenzentwicklung, Schwerpunkt Arbeitsverwaltung
- Dr. Katrin Vogel, Öffentlichkeitsarbeit und Referentin für Antidiskriminierung

Die Struktur der Fachstelle wird gebildet durch die Fachgruppe Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung sowie durch derzeit drei Arbeitsgruppen: AG KMU, AG Arbeitsverwaltung und AG Antidiskriminierung.

Die Fachgruppe IKA hat Plenumscharakter. Sie zielt auf Austausch und Vernetzung unter den IQ Akteuren und vermittelt Wissen insbesondere zu übergeordneten Themen. Leiterin der Fachgruppe ist Tina Lachmayr.

In den drei AGs wird themenspezifisch gearbeitet. Sie dienen dem inhaltlichen Austausch, der Sammlung von Good Practice und der Unterstützung der Landesnetzwerke, z.B. durch die Erstellung von Produkten. Leiter der AG KMU ist Andreas Merx; Ania Szymanska leitet die AG Arbeitsverwaltung und Katrin Vogel die AG Antidiskriminierung.

Die Kontaktdaten sind zu finden auf unserer Webseite unter:
www.vielfalt-gestalten.de/fachstelle/team.html

KMU-Werkstattgespräch, 16.-17.7.2015 in München

Das fünfte KMU-Werkstattgespräch findet unter der Leitung von Andreas Merx und Tina Lachmayr in München statt. Es beschäftigt sich mit den Themen:

- Von Training/Workshop/punktuelle Beratung oder Veranstaltung zum Prozess
- Erfolgreiche Zugangsstrategien und Formate

- Rückblick auf die letzte Förderperiode
- Austausch und Entwicklung gemeinsamer Agendapunkte für die neue Förderperiode

Die Veranstaltung richtet sich an geeignete Vertreter_innen von KMU-Teilprojekten (v.a. aus dem Handlungsschwerpunkt 3) sowie an Mitglieder der Fachstellen. Die Anzahl der Teilnehmenden an dieser Veranstaltung ist auf 40 Personen begrenzt. Deshalb stimmen die Koordinator_innen der Landesnetzwerke die Anmeldungen – wie in der Steuerungsgruppe besprochen – mit den jeweiligen Teilprojekten ab.

Weitere Termine IQ Fachstelle IKA

Die Einladungen zu den im Folgenden genannten Veranstaltungen werden wir rechtzeitig verschicken.

- AG Antidiskriminierung, 29.–30.09.2015, Frankfurt am Main
- AG Arbeitsverwaltung, 7.–8.10.2015, Kassel
- Fachgruppentreffen, 11.11.2015, München
- AG Arbeitsverwaltung, 12.11.2015, München
- KMU Werkstattgespräch, 24.-25.11.2015, voraussichtlich Berlin

Open-Air-Event der Charta der Vielfalt

Die IQ Fachstelle IKA feierte den 3. Deutschen Diversity-Tag auf dem Münchner Karlsplatz (19.5.2015) und informierte über die Themen Diversity und Arbeitsmarktintegration. Gemeinsam mit der *Charta der Vielfalt*, dem bayerischen IQ Landesnetzwerk *migranet* und Unterzeichnern der Charta setzte sie so ein sichtbares Zeichen für mehr Vielfalt in Gesellschaft und Arbeitswelt. Über 350 Münchner_innen besuchten die Veranstaltung, bei der Menschen, Unternehmen und Projekte vorgestellt wurden, die hinter dem Deutschen Diversity-Tag stehen.

IQ VERÖFFENTLICHUNGEN IM BEREICH IKA

Wenn Sie Ihre IQ Publikationen aus dem Themenfeld Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung, KMU und Arbeitsverwaltung über unseren Newsflash bekannt machen möchten, kontaktieren Sie bitte: katrin.vogel@via-bayern.de. Die Redaktion behält sich vor, eine Auswahl zu treffen.

basis & woge e.V./Koordination der Fach-AG Antidiskriminierung (Hg.) *Abbau von Diskriminierung im Kontext Arbeitsmarkt. Fakten und Handlungsempfehlungen*. (12 Seiten) Hamburg 2015, www.basisundwoge.de/angebote/antidiskriminierung/veroeffentlichungen-und-schulungsmaterialien/

In dieser Publikation werden wesentliche Erkenntnisse aus aktuellen Studien zu Diskriminierung im Bereich des Arbeitsmarktes zusammengefasst und Handlungsempfehlungen gegeben.

basis & woge e.V. (Hg.) *Diskriminierung erkennen – Barrieren abbauen – Zugänge schaffen, Band 2 Gender und Migration*. (36 Seiten) Hamburg 2015,
www.basisundwoge.de/angebote/antidiskriminierung/veroeffentlichungen-und-schulungsmaterialien/

In dieser Broschüre werden Erkenntnisse aus migrationsspezifischen Fortbildungen in der Arbeitsverwaltung zu den Themen Migration und Gender aufbereitet. Lehr- und Lernstrategien werden vorgestellt und anhand von Beispielen aus der langjährigen Schulungspraxis der Trainer_innen aus der Arbeitsverwaltung erläutert. Weiterhin werden exemplarisch Methoden vorgestellt, die beispielsweise die Themen Männlichkeit oder Stereotype und Genderaspekte in der Beratung aufgreifen. Arbeitsblätter, die Trainer_innen für eigene Schulungen verwenden können, runden die Publikation ab.

STUDIEN UND UMFRAGEN

Ergebnisse des MIPEX2015 für Deutschland: Platz 10 von 38

Deutschland macht Fortschritte in Sachen Integration, hat aber auch noch viele Hausaufgaben: In MIPEX-Vergleich findet sich die Bundesrepublik zum ersten Mal unter den „Top Ten“ wieder und erreicht 61 von 100 möglichen Punkten. Zum Vergleich: Der Durchschnittswert aller Staaten im MIPEX liegt bei 52 Punkten. Verglichen mit den westeuropäischen Staaten liegt Deutschland allerdings kaum über dem Durchschnitt von 60 Punkten.

Für die Studie wurden allein die Rechtslage und die deutsche Integrationspolitik in den Blick genommen. Hier hat sich Deutschland vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt (Platz 4) und Einbürgerung (Platz 3) positiv entwickelt, während die Bundesrepublik mit ihrer Antidiskriminierungs- und Gesundheitspolitik (jeweils Platz 22) eher zu den schwach abschneidenden Ländern gehört.

Deutlich unter dem MIPEX-Durchschnitt schneidet Deutschland mit seiner Antidiskriminierungspolitik ab. Im Bereich Gleichbehandlung wird in Deutschland vergleichsweise wenig unternommen. Verglichen mit dem Durchschnitt in Westeuropa ist der Zugang zur Justiz für Betroffene von Diskriminierung in Deutschland schwieriger. Die Bundesrepublik liegt hier neben Österreich auf Platz 22. Die deutsche Gleichbehandlungspolitik ist eine der schwächsten im internationalen Vergleich (17 Punkte / MIPEX-Durchschnitt: 47), so schwach wie in Tschechien und der Türkei. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist mit so wenig Befugnissen ausgestattet, wie in kaum einem anderen Land.

Die vollständigen Ergebnisse des MIPEX2015 finden Sie hier: <http://mipex.eu/germany>

Belastet oder nutzt die Einwanderung Deutschland? Aktuelle Umfrage der Bertelsmann Stiftung

2024 bundesdeutsche Bürger_innen ab 14 Jahren (davon 362 Ost und 1662 West) wurden im Januar 2015 von TNS Emnid zu ihren Einstellungen zu Einwanderung und Willkommenskultur befragt.

Zu den zentralen Ergebnissen zählt u.a., dass „68 Prozent der Befragten mit und 73 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund glauben, dass die Behörden Einwanderer willkommen heißen (2012: 57 beziehungsweise 66). Allerdings sind auch die Ansprüche an die Integrationsbereitschaft der Neuankömmlinge gewachsen. So meinen beispielsweise 97 Prozent, dass Einwanderer sich um ein gutes Zusammenleben mit Einheimischen bemühen sollten (2012: 88).“

„Die deutsche Bevölkerung sieht allerdings auch Handlungsbedarf beim Ausbau der Willkommenskultur. Um Einwanderern den Start zu erleichtern, sprechen sich 82 Prozent der Befragten für spezielle Hilfen der Agentur für Arbeit aus (2012: 68). 76 Prozent sind außerdem für eine leichtere Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse und 62 Prozent befürworten dauerhafte Aufenthaltserlaubnisse (2012: 69 bzw. 55). 56 Prozent meinen ferner, Deutschland solle Einbürgerungen erleichtern und 54 Prozent der Befragten glauben, die Benachteiligung von Einwanderern müsse durch Gesetze bekämpft werden (2012: 44 bzw. 47).“

Vor- und Nachteile der Einwanderung werden noch stark gegensätzlich eingeschätzt. Vorteilhaft sei z.B. die „Ansiedlung internationaler Firmen (68 Prozent). Zugleich jedoch verbindet eine Mehrheit Migranten mit Problemen in Schulen (61) und Belastungen des Sozialstaats (64). 63 Prozent sehen generell Konfliktpotenzial zwischen Einwanderern und Einheimischen.“

Die vollständige Umfrage finden Sie hier:

www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-in-deutschland-entwicklungen-und-herausforderungen/

IDW-Studie sieht Einwanderung als Zukunftsmodell für Wirtschaftsstandort Deutschland

Die verstärkte Einwanderung der letzten Jahre hat Deutschland auch ein stärkeres Wirtschaftswachstum und eine Abmilderung der Staatsschulden erbracht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des *Instituts der deutschen Wirtschaft (IDW)*. Eine Analyse, die im Auftrag der Initiative *Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* erstellt wurde, zeigt unter anderem, dass der Zuzug von Migrant_innen den Wirtschaftsstandort Deutschland in den vergangenen Jahren vor vielen schwerwiegenden Folgen des demografischen Wandels teilweise bewahrt hat. Einwanderung hat vor Ort zu wirtschaftlichem Erfolg beigetragen und somit die Sozialkassen entlastet und die Staatsschulden reduziert.

Lesen Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse im *Migazin* hier:

www.migazin.de/2015/05/11/institut-deutsche-wirtschaft-wirtschaftswachstum-entlastung-staatskassen-einwanderer/

Neue Bertelsmann Stiftung Studie: Zu lange Asylverfahren verhindern Erfolge durch erleichterte Arbeitsmarktintegration für Flüchtlinge

„Obwohl die Bundesregierung Residenzpflicht und Arbeitsverbot für Asylbewerber auf drei Monate verkürzt hat und zwei Drittel der Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter sind, bleibt ihnen während der Wartezeit auf Bleibegenehmigung in der Regel der Weg in einen Job versperrt.“

Das liegt laut einer neuen Studie der *Bertelsmann Stiftung* zur Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland vor allem an den durchschnittlich über sieben Monate dauernden Asylverfahren, die Planungssicherheit für Arbeitgeber_innen und Flüchtlinge zunichtemachen und die erhofften positiven Effekte in Folge der rechtlichen Erleichterungen de facto verhindern.

Der Studienautor, Migrationsforscher Dietrich Tränhardt, schlägt ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Verbesserung des auch im europäischen Vergleich ungenügenden Asylverfahrens sowie der weiteren Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen vor. Die auf dem Flüchtlingsgipfel Anfang Mai zugesagten 2000 neuen Personalstellen für das BAMF sind dabei schon als ein erster Schritt in die richtige Richtung zu sehen.

Lesen Sie die gesamte Studie hier:

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/die-arbeitsintegration-von-fluechtlingen-in-deutschland-1/>

UN-Antirassismus-Ausschuss übt heftige Kritik an Bundesregierung

Der *UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD)* behandelte auf seiner Sitzung vom 27. April-15. Mai 2015 den 19.-22. Staatenbericht Deutschlands nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung. Dabei überprüfte der Ausschuss, wie Deutschland seine Verpflichtungen aus der *UN-Antirassismus-Konvention (ICERD)* umgesetzt hat. Der Ausschuss sprach Kritik und Empfehlungen für weitere Handlungsschritte an die Bundesregierung aus.

Gelobt wird der Wandel in der Integrationspolitik, der sich von einem Ansatz der einseitigen Integrations- und Assimilationsforderungen an Migrant_innen hin zu einem von Anerkennung und Partizipation geleiteten Ansatz vollzogen habe. Weiterhin übt der Ausschuss – und dies wiederholt – z.T. drastische Kritik aufgrund mangelnden Engagements in den Bereichen Antirassismus, Antidiskriminierung und in der Aufarbeitung des NSU-Skandals.

Hauptkritikpunkte des Ausschusses sind:

- Unzureichende öffentliche Ächtung der Bundesregierung gegenüber rechtspopulistischer Stimmungsmache
- Unzulänglicher Aufarbeitung der NSU-Mord- und Terrorserie in den involvierten Bundes- und Landesbehörden
- Fehlender Diskriminierungsschutz im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Verhältnis zwischen Staat und Bürger_innen
- Das weiterhin praktizierte Racial Profiling auf Bundes- und Landesebene

Die vollständige Antwort des CERD Komitees, welche auch die Bereiche Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Flüchtlingspolitik und Weiteres enthält, sowie die jeweiligen Forderungen können Sie hier (in Englisch) downloaden:

https://gallery.mailchimp.com/9bbd3ec3c6617ea1f88baa33a/files/INT_CERD_COC_DEU_20483_E_1.pdf
